

Zum Verlauf der Passierscheinerteilung an Westberliner, 2. Bericht

20. Dezember 1963

2. Bericht Nr. 780/63 über den Verlauf der Maßnahmen zur Passierscheinerteilung für Westberliner Bürger

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 31073, Bl. 523–529 (10. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker, Stoph, Norden, Abusch – MfS: Mielke, Beater, Wolf, Schröder, Ablage.

Vermerk

Hinter den ersten fünf Namen des Verteilers eine geschwungene Klammer, dahinter mit Bleistift stenografisch: »durch Min[ister]«.

Auch am 19.12.1963 wurden alle zwölf Passierscheinstellen ¹ in Westberlin pünktlich um 13.00 Uhr durch die Postangestellten ² der DDR eröffnet.

Es wurden insgesamt 63 342 Anträge (ca. 5 000 Anträge pro Ausgabestelle) ausgegeben.

Entgegengenommen wurden 30 340 Anträge. Auf diesen Anträgen sind 58 782 Personen erfasst. Beantragt wurde die Einreise von 8 088 Kfz. Ungültig durch Verschreiben wurden 1 806 Anträge; nicht zurückgegeben wurden 31 196 Anträge.

Für die am 18.12. entgegengenommenen 24 300 Anträge und für die wegen nochmaliger Überprüfung und Ergänzung noch vorhanden gewesenen 5 000 ungültigen Anträge wurden 29 300 Passierscheine mit nach Westberlin genommen. Ausgegeben wurden 18 191 Passierscheine. Nicht abgeholt wurden (es handelt sich hierbei um Passierscheine, die für spätere Tage beantragt wurden) 11 109 Passierscheine. Am 20.12.1963 sind 41 450 Passierscheine auszugeben.

Aufteilung der ausgegebenen Anträge auf die einzelnen Ausgabestellen:

Stadtbezirk	ausgegebene Anträge	zurückerkhaltene Anträge	bei Antragsteller verbleiben
Steglitz	8 700	2 070	6 630
Wedding	8 621	3 950	4 671
Neukölln	7 353	2 250	5 103
Spandau	6 870	3 150	3 720
Tempelhof	6 052	2 100	3 952
Schöneberg	4 677	2 840	1 837
Wilmerdorf	4 288	3 200	1 088

Kreuzberg	4 079	1 490	2 589
Charlottenburg	3 469	2 870	599
Reinickendorf	3 240	2 370	870
Tiergarten	3 101	2 050	1 051
Zehlendorf	2 892	2 000	892
Insgesamt	63 342	30 340	33 002
Ungültig durch Verschreiben	[-]	+ 1 806	- 1 806

Trotz weiter verbesserter Organisation der Arbeiten in den Ausgabestellen und des zusätzlichen Einsatzes von je zwei Postangestellten am 19.12. ist der Andrang an allen Ausgabestellen sehr groß, teilweise größer als am 18.12. Auch hatten sich die ersten Westberliner Bürger wieder sehr früh vor den Ausgabestellen eingefunden. In Kreuzberg z. B. die ersten gegen 4.00 Uhr.

Hinzu kommt, wie schon am Vortage, eine immer noch ernsthafte Beeinträchtigung des reibungslosen Arbeitsablaufs

- durch zahlreiche Anfragen der Westberliner Bürger (im Wesentlichen zu den gleichen bereits am 19.12. berichteten Fragen – besonders Devisenbestimmungen und Zollfragen),
 - durch noch immer nicht genügend korrekte Ausfüllung der Anträge,
 - durch zeitweises Erscheinen von Vertretern der Presse,
 - durch nicht immer genügende Absicherung und Unterstützung der Westberliner Polizeikräfte,
- wenn auch diese Faktoren nicht mehr ganz so stark wie am Vortage in Erscheinung traten.

Dadurch konnte der Arbeitsanfall bis Ausgabeschluss trotz intensiver Arbeit der Postangestellten der DDR nicht völlig bewältigt werden.

Die am 19.12. neu hinzukommende Ausgabe der Passierscheine verlief reibungslos, bis auf solche Ausnahmen, wo die Reihenfolge der Nummern nicht eingehalten wurde oder die erst später noch überbrachten Passierscheine einsortiert werden mussten. Die meisten der Westberliner Bürger, die deshalb ihre Passierscheine nicht gleich bekommen konnten, sahen diese Verzögerung jedoch sofort ein.

Typisch dafür ist z. B. die Haltung, die anstehende Westberliner Bürger gegenüber zwei Jugendlichen einnahmen, als sie die Verzögerung verleumderisch als »typisch Ost-Schikane« bezeichneten. Sie forderten diese Jugendlichen auf, nach Hause zu gehen, denn an einem »ehrlichen« Wiedersehen mit ihren Angehörigen schein ihnen ja nichts zu liegen.

Von den Westberliner Stellen wurde dies wieder zu systematischen Versuchen benutzt, eine Einschaltung Westberliner Behördenangestellter, der Westpost und der Kripo in die Ausgabe, Verstärkung der Postangestellten der DDR und Verlängerung der Ausgabezeiten vorzuschlagen.

In diesem Zusammenhang müssen auch folgende offensichtlich gesteuerten Erscheinungen gesehen werden:

Während am Vortage in der Ausgabestelle Reinickendorf die von unseren Angestellten erbetenen Lautsprecherdurchsagen für die Wartenden durchgeführt wurden, verweigerte man sie heute. In mehreren Ausgabestellen erschienen Westberliner aus anderen Bezirken, da die Lautsprecherwagen der Polizei bekanntgegeben hatten, dass in den eigentlichen Wohngebieten dieser Bürger die Annahme wegen Überfüllung gestoppt werden musste.

In der Ausgabestelle Neukölln erfüllte die Polizei ihre Ordnungsaufgaben nicht in genügender Weise mit der Begründung, sie sei dem starken Besucherstrom nicht im nötigen Maße gewachsen. Erst auf die Forderung unseres Einsatzleiters, ein ungehindertes Arbeiten zu gewährleisten, da sonst die Ausgabestelle geschlossen würde, veranlasste die Duensing-Polizei³ entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Bei den in den Ausgaberräumen anwesenden Angehörigen der Westberliner Kriminalpolizei wurde ein verstärktes Interesse daran festgestellt, wie viele Anträge von uns ausgegeben werden. Das trifft besonders auf die Ausgabestelle in Tempelhof zu.

Im Zusammenhang mit der Absicherung der Ausgabestellen erklärten Spandauer Polizeibeamte, dass ihre Informationen nicht ausreichen, um die Bevölkerung zu beraten. Sie seien gezwungen, DDR-Sender zu hören und sich die »Wahrheit«⁴ zu kaufen. Ferner seien einzelne uniformierte Polizeikräfte als Zivilisten gekleidet in den Reihen der wartenden Westberliner Bürger eingesetzt worden, angeblich, um eventuell möglichen Störaktionen rechtsradikaler Elemente zu begegnen.

Ferner wurde bekannt, dass sich, z. B. in Tempelhof, Angehörige des UfJ aufhielten, um an die Westberliner Bürger »Auskünfte« zu erteilen.

Auch die Tatsache, dass vor der Ausgabestelle Neukölln Anträge von Passierscheinen für 5,00 Westmark »gehandelt« wurden, weist auf die Störversuche der Aktion hin.

In der Ausgabestelle Charlottenburg wurde die Arbeit der Postangestellten der DDR wesentlich erschwert durch zahlreiche Journalisten westlicher Publikationsorgane. Selbst die anwesenden Westberliner Antragsteller verwahrten sich energisch dagegen, dass unsere Genossen in ihrer verantwortungsvollen Arbeit behindert wurden.

Unabhängig von all diesen Beeinträchtigungen und Störversuchen sind die Reaktion und die Stimmung der Westberliner Bürger in den Ausgabestellen nach wie vor unverändert positiv. Auch am 19.12. zeigte sich, dass die Westberliner Bürger sich vertrauensvoll und freundlich an unsere Angestellten mit Fragen wenden, die Westberliner Polizeiangehörigen dagegen meiden und sich gegen deren schroffen und unhöflichen Umgangston aussprechen. Die Mehrzahl der eingesetzten Westberliner Postangestellten sowie der Schüler und Lehrer dagegen waren freundlich und bereitwillig und halfen, wie schon am 18.12., eine bessere Ausfüllung der Anträge zu erreichen.

In der Mehrzahl der von den Westberliner Bürgern geführten Diskussionen während ihres Aufenthaltes in und vor den Ausgabestellen zeigt sich erneut und in immer differenzierterer Form die Einsicht, dass

- die Initiative zu diesen Erleichterungen für die Westberliner Bevölkerung von der DDR ausgegangen ist.
- Verhandlungen immer etwas einbringen. – Wenn die »Obrigkeit« miteinander verhandelt, ist es für den »kleinen Mann« immer besser, als wenn gegeneinander verhandelt wird.
- die Ausgabestellen schon viel früher eingerichtet gewesen sein könnten, wenn es »nach dem Osten« gegangen wäre. Schuld haben Brandt und die Westberliner Stellen.

Diese Grundeinstellung zur gesamten Aktion drückt sich konkret aus in der Anerkennung für die Maßnahmen, in der unbedingten Befolgung der Anweisungen unserer Angestellten, im Verständnis für die komplizierte Arbeit und die Einsatzbereitschaft unserer Einsatzgruppen, in lobenden Worten für die rasche Überprüfung der Anträge in der DDR, in kritischen Äußerungen über den Westberliner Senat, in vernünftiger Haltung bei Ablehnungen.

Nicht zuletzt wird diese ausnahmelos gute Stimmung der Westberliner Bürger auch von den eingesetzten Postangestellten der DDR, die diese Entwicklung genau und unmittelbar verfolgen können und einschätzen, zum Anlass einer immer aufopferungsvolleren und wirklich guten fachlichen Arbeit genommen, im Bewusstsein, die DDR zu repräsentieren und der politischen Aufgabe gerecht zu werden.

Diese beiden Faktoren, sowohl die positive Haltung der Westberliner Bürger als auch die Haltung unserer Angestellten und das gute Verhältnis zu ihnen, werden von den Westberliner und Bonner Politikern ohne Zweifel als für sie gefährlich eingeschätzt und dürften hauptsächlich Ursache der Störaktionen sein.

Von einigen Betrieben aus den Bezirken Wedding und Reinickendorf liegen Vollmachten vor, an Betriebsräte bzw. Betriebsratsmitglieder und Personalratsvertreter Antragsformulare für Passierscheine auszuhändigen. Dazu gehören: Bezirk Wedding: Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, Bezirksstelle 3 und 3a, Brotfabrik August Wittler, Schultheiss-Brauerei, Abteilung Groterjan, BVG/Betriebsbahnhof Usedomer Straße; Bezirk Reinickendorf: PEE-WEE⁶ Maschinen- und Apparatebau, AEG-Fabriken Reinickendorf.

In den Westberliner Firmen Siemens und Orenstein & Koppel wurde bekanntgegeben, dass die Westberliner, die das demokratische Berlin⁷ aufsuchen wollen, frei erhalten und die entsprechende Zeit herausgearbeitet werden kann. Die Firma Heinz legte fest, dass bis zum 3.1.1964 Betriebsferien sind.

Bereits am 19.12.1963 reisten 161 Westberliner mit insgesamt 30 Pkw auf Tagespassierschein in das demokratische Berlin ein. Dabei handelt es sich um Personen, die einen Antrag auf Einreise für den 19.12.1963 gestellt hatten. Im Einzelnen erfolgte die Einreise über:

- KPP Sonnenallee 50 Personen mit 24 Kfz,
- KPP Oberbaumbrücke 42 [Personen],
- KPP Invalidenstraße 37 [Personen mit] vier [Kfz],
- KPP Chausseestraße 25 [Personen mit] zwei [Kfz],
- KPP Bahnhof Friedrichstraße sieben [Personen].

Die Ausreise aller angeführten Personen erfolgte im Verlaufe des 19.12. über den jeweiligen Einreise- KPP. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen.

Wie inzwischen festgestellt wurde, haben sich in den letzten Tagen die postalischen Verbindungsaufnahmen von Westberlinern mit Bürgern des demokratischen Berlin weiter verstärkt. In den Briefen und Telegrammen wurden die Bürger des demokratischen Berlin veranlasst, weitere Verwandte in der DDR nach Berlin zu bestellen, um mit ihnen gemeinsam im demokratischen Berlin zusammenzukommen. Auch das Hauptpostamt in Pankow erhielt vom Haupttelegrafenamts aus Westberlin Telegramme zur Weiterleitung an Bewohner in der DDR, vorwiegend in die Randgebiete von Berlin gerichtet. In den Telegrammen werden die Bürger der DDR aufgefordert, nach Berlin zu kommen, um sich mit ihren Westberliner Verwandten zu treffen.

Berlin innerhalb weniger Tage die Passierscheinvereinbarung vom 17.12.1963 aus. Sie regelte die Ausgabe von Passierscheinen für Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch naher Verwandter in Ostberlin für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964. Zu diesem Zweck richtete die DDR-Seite in jedem der zwölf Westberliner Bezirke vorübergehend eine Passierscheinstelle ein, wo Passierscheine beantragt und in Empfang genommen werden konnten. Den Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber weiterhin versperrt.

2

Das Protokoll des Passierscheinabkommens vom 17.12.1963 bestimmte unter Punkt II.4 der Protokollanlage, dass die DDR in den Westberliner Passierscheinstellen ausschließlich Mitarbeiter der Deutschen Post der DDR in Dienstkleidung einsetzte. Ihre Aufgabe beschränkte sich darauf, die Antragsformulare auszugeben, die ausgefüllten Anträge anzunehmen und später die Passierscheine auszuhändigen. Die Bearbeitung der Anträge erfolgte in Ostberlin. Durch dieses Prozedere sollte der Anschein vermieden werden, die DDR führe Hoheitsakte in Westberlin aus. Vgl. auch Information 40/64, aus der zumindest mittelbar hervorgeht, dass es sich bei den Ostberliner Postangestellten zwar durchweg um vom MfS sorgfältig auf ihre Zuverlässigkeit und Kooperationsbereitschaft überprüfte Personen handelte, aber nur z. T. um MfS-Mitarbeiter.

3

Bezeichnung der Westberliner Polizei durch ostdeutsche Behörden und Medien, nach Erich Duensing, Jg. 1905, 1962–67 Polizeipräsident von Westberlin.

4

»Die Wahrheit« war die Tageszeitung der SED Westberlin (ab 1969: SEW).

5

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–87 Parteivorsitzender, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler.

6

Die Firma »PEE-WEE Maschinen- und Apparatebau« wurde 1939 von Werner Plagemann in Berlin gegründet, wobei die Abkürzung »PEE-WEE« womöglich für die Initialen des Firmengründers steht.

7

»Demokratisches Berlin« war im offiziellen Sprachgebrauch der DDR die Bezeichnung für Ostberlin.